



INHALT MAI 2009

SEITE 1 SACHSTAND BEI MIGRATION UND INTEGRATION

Lagebericht an den Bundesausschuss des DGB

ZAHLENWERK

Für die Europawahl wahlberechtigte Unionsbürgerinnen und -bürger in Deutschland

SEITE 2 DAS SOZIALE EUROPA IM FOKUS

Informationen des DGB zu EU-Wahl und den Aktionstagen im Mai

SCHÄTZUNG DER UNSICHTBAREN

Daten zu irregulärer Migration in Europa

FEIER- UND LEHRSTUNDE

Veranstaltung der Türkischen Gemeinde zu 60 Jahre Grundgesetz

SEITE 3 VIELFÄLTIGE ANGEBOTE

Vorbereitungen für Woche der Weiterbildung laufen

RASSISMUS FÄNGT IM KOPF AN

Spot des Interkulturellen Rats jetzt im Medienverleih des DGB Bildungswerk

QUALIFIKATIONS-ANERKENNUNG SOLL ERLEICHTERT WERDEN

Böhmer: erste Schritte eingeleitet

TERMINE

und Veranstaltungen

SEITE 4

ECKPUNKTE FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE MIGRATIONSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND IN EUROPA

Kommentar von Angelica Schwall-Düren, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

SACHSTAND BEI MIGRATION UND INTEGRATION

Lagebericht an den Bundesausschuss des DGB

Am 4. März wurde der vom DGB Bundesvorstand herausgegebene „Bericht zur gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Lage“ dem Bundesausschuss des DGB vorgelegt. Der Bundesausschuss ist das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Bundeskongressen des DGB.

In dem Bericht wird auch der Stand der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und Europa vorgestellt und bewertet. Im Mittelpunkt steht zunächst die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans (NIP). Hier sieht der DGB eher kritisch, dass die Selbstverpflichtungen des Bundes noch nicht wirklich angegangen wurden. Das betrifft zum Beispiel die Anerkennung im Ausland erworbener schulischer und beruflicher Abschlüsse oder die Erhöhung des Anteils von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

Der DGB fordert auch die Erweiterung des NIP um bislang ausgeblendete Themen wie Integrationsförderung durch gemeinsames Familienleben

oder Zugang zu Bildung und Gesundheit für statuslose Kinder.

Ein anderer Schwerpunkt ist das Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht. Hier beklagt der DGB, dass im Rahmen des so genannten EU-Richtlinienumsetzungsgesetzes der Familiennachzug für Ehegatten von Deutschen und Drittstaatsangehörigen nach Deutschland erschwert wurde.

Parallel dazu wurde das Staatsangehörigkeitsrecht verändert und die Anforderungen an die Einbürgerung erhöht. In den Regelungen sieht der DGB eine Abkehr des bisherigen Prinzips: „Denn Einbürgerung wird nicht mehr als Teil des Integrationsprozesses verstanden, sondern nur noch als Endpunkt einer gelungenen Integration ermöglicht.“

Der DGB begrüßt den Entwurf der Bundesregierung für das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz, das eine maßvolle Absenkung der Mindestgehaltsgrenze für hoch qualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten und eine Bleiberechtsregelung für Geduldete vorsieht. Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz findet aber derzeit keine Mehrheit im Bundesrat.



Bei der europäischen Migrationspolitik steht der vom Europäischen Rat verabschiedete Pakt für Einwanderung und Asyl im Mittelpunkt und die darin enthaltene Idee einer so genannten zirkulären Migration, die auf eine deutsch-französische Initiative zurückgeht. Der DGB lehnt das Konzept ab, da es u.a. weder den arbeitsmarktpolitischen Anforderungen der EU genügt noch die Arbeitnehmerinteressen der Zuwanderer berücksichtigt. Darüber hinaus ist es nicht geeignet, um die wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern zu verbessern.

Der Bericht an den Bundesausschuss kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/lagebericht_bundesausschuss

ZAHLENWERK

Für die Europawahl wahlberechtigte Unionsbürgerinnen und -bürger in Deutschland Land der Staatsangehörigkeit und Anzahl (Stand 31. 12. 2008)

Herkunftsland	Anzahl	Land	Anzahl
Belgien	21.038	Niederlande	119.933
Bulgarien	49.949	Österreich	166.388
Dänemark	17.553	Polen	361.192
Estland	3.554	Portugal	99.569
Finnland	12.341	Rumänien	86.851
Frankreich	99.292	Schweden	15.661
Griechenland	252.589	Slowakei	22.410
Irland	9.552	Slowenien	19.584
Italien	459.917	Spanien	99.048
Lettland	8.842	Tschechische Republik	31.500
Litauen	17.637	Ungarn	57.107
Luxemburg	9.859	Vereinigtes Königreich	90.883
Malta	402	Zypern	837

DAS SOZIALE EUROPA IM FOKUS

Informationen des DGB zu EU-Wahl und den Aktionstagen im Mai

Der DGB hat für die Europawahl ein Positionspapier vorgelegt, in dem die Anforderungen der Gewerkschaften an ein soziales Europa formuliert werden. Gleichzeitig hat der DGB den Reader „Das soziale Europa“ herausgegeben.

Darin werden zum einen Informationen zur Europawahl geliefert, zum anderen dient das Material der Vorbereitung der europäischen Aktionstage für ein soziales Europa, die vom Europäischen Gewerkschaftsbund vom 14. bis 16. Mai in vier Metropolen durchgeführt werden. Die Hauptkundgebung in Deutschland findet am 16. Mai in Berlin statt.

In dem Positionspapier zur Europawahl fordert der DGB ein „Gesamt-

konzept zur Migrations-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Dies muss sich an der langfristigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt orientieren, den Schutz vor Verfolgung sichern, die Interessen der Herkunftsländer berücksichtigen und die in der Europäischen Union lebenden Migrantinnen und Migranten vor Ungleichbehandlung schützen.“ Dabei gehe es gleichermaßen um „die Steuerung der Zuwanderung und die Einhaltung der Menschenrechte“.

Das Positionspapier des DGB kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/dgb_eu_wahl

Der Reader (der auch das Papier zur EU-Wahl enthält) steht im Internet unter:

www.migration-online.de/reader_soziales_europa

SCHÄTZUNG DER UNSICHTBAREN

Daten zu irregulärer Migration in Europa

Nach Schätzungen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) leben in der EU zwischen 2,8 und 6 Millionen Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel. Die Zahl bezieht sich auf das Jahr 2005 und liegt deutlich unter den bisherigen Schätzungen von 4,5 bis 8 Millionen. Trendanalysen zeigen laut HWWI, dass die Zahl der Papierlosen seitdem eher ab- als zugenommen hat.

Basis der Schätzung ist eine Datenbank, die seit Kurzem auch öffentlich zugänglich ist. Eingerichtet wurde sie im Rahmen des Projekts „Irregular Migration: Counting the Uncountable. Data and Trends across Europe (CLANDESTINO)“, das seit 2007 läuft und im August 2009 endet. Gefördert wird das Projekt, an dem auch Forschungseinrichtungen aus Grie-

chenland, Polen, Großbritannien und Österreich beteiligt sind, von der Europäischen Kommission.

Kern der Datenbank sind Expertenberichte und Ländertabellen über den Umfang irregulärer Migration in zwölf Ländern: Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Großbritannien. Aufgearbeitet sind auch Informationen zur Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Herkunftsland und Sektoren ökonomischer Aktivitäten. Daneben gibt es umfangreiche Hintergrundinformationen.

Die Datenbank ist in Englisch abgefasst. Zusammenfassungen der Länderergebnisse sind auch in den jeweiligen Nationalsprachen verfügbar.

Internetadresse der Datenbank:
<http://irregular-migration.hwwi.net>

FEIER- UND LEHRSTUNDE

Veranstaltung der Türkischen Gemeinde zu 60 Jahre Grundgesetz

Einen leicht verfrühten Auftakt zu den Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes machte die Türkische Gemeinde in Deutschland mit einer Feierstunde am 25. März in Berlin. Im Roten Rathaus – begrüßt vom Hausherrn Klaus Wowereit – sprachen der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans Jürgen Papier, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland Kenan Kolat.

Er habe die Einladung gerne angenommen – so Wolfgang Schäuble –, um „einige Gedanken zum Thema 60 Jahre Grundgesetz mit Ihnen zu teilen“.

Das Gedenken teilen war eine durchaus spannende Lehrstunde über das Grundgesetz – natürlich mit Bezug zum Thema Integration. Kenan Kolat: „Das Ziel der Eingliederung ist ein Leben mit sozialer Chancengleichheit, Bildung und kultureller Entfaltung. Maßstab sind die Menschenrechte

und unser Grundgesetz. Das Grundgesetz garantiert die kulturelle Freiheit aller hier lebenden Menschen. Es bietet auch Nichtdeutschen weit gehende Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten, die in den Verfassungen einiger Herkunftsländer nicht vorgesehen sind.“

Aus Sicht von Verfassungsgerichtspräsident Hans Jürgen Papier ist das Grundgesetz „ein solides Fundament für ein friedliches, freiheitliches und tolerantes Miteinander“.

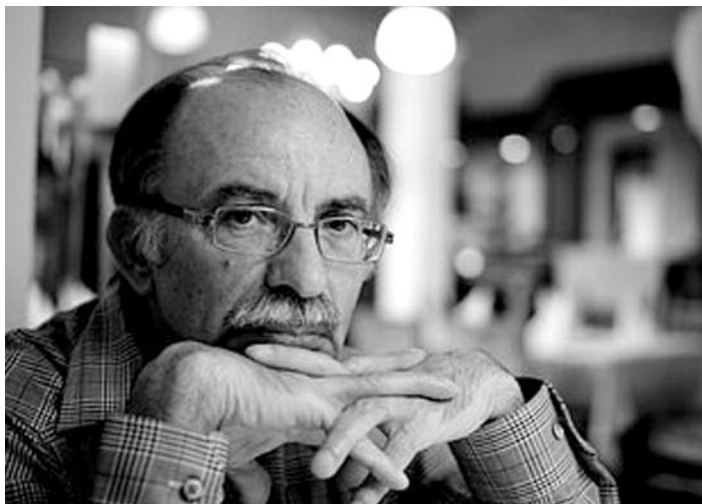
Trotz dieses Fundaments registriert der Innenminister bei den Zuwanderern „eine gewisse Ambivalenz im Verhältnis zu Deutschland, das Land, in dem sie ihre Familien gegründet haben, wo sie arbeiten und leben. ‚Wir haben zwei Heimaten. Wir leben hier und in der Türkei.‘ So die Aussage einer 19-jährigen Abiturientin. Aus ihr spricht die Suche nach der eigenen Identität und Herkunft. Migrationsforscher raten hier zu Geduld. Sie fordern uns auf, Integration als einen Prozess zu verstehen, der für Einwanderer eine lebenslange Aufgabe ist und auch noch nicht in der zweiten oder dritten Generation abgeschlossen sein muss.“ Die Frage, ob man

nicht zwei Heimaten haben kann, ließe sich sicher diskutieren.

Ein Beispiel, wie das Grundgesetz auf praktische Probleme, die sich aus der kulturellen Vielfalt in Deutschland ergeben, machte Hans Jürgen Papier am Beispiel des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schächten von Tieren deutlich, wonach es für muslimische Metzger Ausnahmen vom allgemeinen Schächtungsverbot geben kann. Papier: „Das Gericht hat sich dabei – auch unter dem Blickwinkel des Toleranzprinzips – um

einen tragfähigen Kompromiss zwischen den Erfordernissen einer allgemein verbindlichen Sozialordnung einerseits und der Rücksicht auf zwingende Glaubensüberzeugungen andererseits bemüht. Das Urteil kann andererseits keinesfalls so verstanden werden, als würde es ausreichen, sich auf eine religiöse Motivation zu berufen, um sich über allgemein geltende Rechtsnormen hinwegsetzen zu dürfen.“

Die Streiflichter zeigen, dass die Feierstunde durchaus auch eine Lehrstunde war.



VIELFÄLTIGE ANGEBOTE

Vorbereitungen für Woche der Weiterbildung laufen

Die Vorbereitungen für die Woche der Weiterbildung vom 25. bis 31. Mai 2009 (siehe Forum April 2009) laufen auf vollen Touren. In der bundesweiten Aktionswoche informieren große und kleine Betriebe, Verbände, Bildungseinrichtungen, öffentliche Verwaltungen und andere über Weiterbildungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten. Die Vielfalt der Veranstaltungen machen drei – zufällig ausgewählte – Veranstaltungen deutlich.

In Kiel veranstaltet das Amt für Familie und Soziales der Landeshauptstadt gemeinsam mit anderen die Tagung „Weiterbilden statt Stehenbleiben – MigrantInnen und Weiterbildung“. Ziel ist es, Wege zu finden, damit Migrantinnen und Migranten „weder ‚stehen bleiben‘ noch sich mit ‚Jobs light‘ abfinden“ müssen. Da geht es durchaus selbstkritisch zu. Titel der Diskussionsrunde im Rahmen der

Veranstaltung: „Strukturelle Defizite in Weiterbildungsmaßnahmen in Kiel und Schleswig-Holstein.“

Von der IG Metall veranstaltet widmet sich eine Tagung dem Thema „Kurzarbeit nutzen – Qualifizieren statt entlassen“. Ansatz ist es, die in der Krise stark angestiegene Kurzarbeit für Weiterbildungsmaßnahmen zu nutzen. Da gibt es auch ganz praktische Anregungen für Bedarfsanalysen, Qualifizierungspläne und Eckpunkte für Betriebsvereinbarungen.

Ein drittes Beispiel, bei dem es nicht um Weiter- sondern Erstausbildung geht, kommt aus Düsseldorf. Landespolizei, Ordnungs- und Servicedienst, Berufsfeuerwehr und Bundespolizei informieren in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Gesamtschule über die vielfältigen Möglichkeiten beruflicher Karrieren. Ziel ist es, auch Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu finden.

Weitere Informationen unter:
www.pro-qualifizierung.de

Im Rahmen des vom Europäischen Integrationsfonds geförderten Projektes „IKTB“ bietet das DGB Bildungswerk auch im Rahmen der diesjährigen Woche der Weiterbildung allen Personen, die mit der Integration von Menschen aus Drittstaaten beschäftigt sind die Möglichkeit an Weiterbildungen im Bereich der Interkulturellen Kompetenz teilzunehmen. Zu besonders günstigen Konditionen werden in diesem Jahr frei ausgeschriebene vergünstigte Trainings und Seminare im Rahmen unseres laufenden Programms angeboten aber auch für institutionelle Kunden bietet der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerk maßgeschneiderte In-House-Trainings und -Seminare. Interessierte können sich an das Interkulturelle Kompetenzzentrum wenden.

Das chronologisch geordnete Trainingsangebot des Bereichs Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerk finden Sie unter:

www.migration-online.de/trainings

RASSISMUS FÄNGT IM KOPF AN

Spot des Interkulturellen Rats jetzt im Medienverleih des DGB Bildungswerk

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2009 hatte der Interkulturelle Rat den 40-sekündigen Spot zur Kampagne „Rassismus fängt im Kopf an“ veröffentlicht. Als kurzer Anstoß zum Nachdenken lief er in vielen Stadien der ersten, zweiten und dritten Liga im Fußball und bei Spielen der Basketball-Bundesliga sowie in den Musiksendern VIVA und MTV. Der



Spot wurde jetzt in den Medienverleih des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk aufgenommen. Dort kann er heruntergeladen

oder als DVD ausgeliehen werden.

www.migration-online.de/m Medienverleih

QUALIFIKATIONSANERKENNUNG SOLL ERLEICHTERT WERDEN

Böhmer: erste Schritte eingeleitet

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer und der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit Heinrich Alt haben gemeinsam Anfang Februar angekündigt, die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen vereinfachen zu wollen. Vielen Migrantinnen und Migranten – so Böhmer – mangle es an einer formalen Qualifikation. Viele, die im Ausland einen aka-

demischen Abschluss erworben haben, gelten in Deutschland als ungelern.

Aus Sicht der Integrationsbeauftragten ist das eine „krasse Ressourcenverschwendung“. Nötig ist aus ihrer Sicht eine Clearingstelle oder dezentrale Stelle, die sich um Anerkennungsformalien kümmere und damit eine Lotsenfunktion einnehme. Um diese zu schaffen habe sie bereits erste Schritte unternommen. Auch aus Sicht von

Heinrich Alt schlummere in den Migranten „Potenzial für die deutsche Wirtschaft“. Deshalb werde man in Zukunft „sorgfältiger mit Migranten diskutieren, was sie in ihrem Heimatland gemacht haben und wie die Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden können“. Eine Verbesserung der Anerkennungsprozedur werde aus Sicht sowohl der BA wie der Bundesregierung auch die Lage für Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

TERMINE

und Veranstaltungen



Krise! Herausforderung für die Personalpolitik – Chancen für Migrantinnen und Migranten schaffen

Tagung, 07.05.2009

Hans-Böckler-Haus Düsseldorf

Workshop: Gleichbehandlung und partnerschaftliches Verhalten im Betrieb verankern. Entwicklung einer Betriebsvereinbarung

Seminar, 08.05.2009

Hans-Böckler-Haus Düsseldorf

Workshop: Ausländerkriminalität. Tabu oder Thema in der Migrationsdebatte?

Seminar, 15.05.2009

Hans-Böckler-Haus Düsseldorf

Der deutschlernfreundliche Betrieb. Innerbetriebliche Kommunikation stärken

Seminar, 25.–27.05.2009

DGB Tagungszentrum Starnberger See

Dialogreihe Bildung. Modul 1: Vorschule/Kindergarten

Seminar, 25.–27.05.2009

DGB Tagungszentrum Starnberger See

Dialogreihe Bildung. Modul 2: Schule

Seminar, 27.–29.05.2009

DGB Tagungszentrum Starnberger See

Rücküberweisungen. Bedeutung für die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit

Tagung, 27.05.2009

Hans-Böckler-Haus Düsseldorf

Netzwerktreffen öffentliche Verwaltungen und Betriebe – Erfolgreiche Integrationskonzepte

Tagung, 28.05.2009

Düsseldorf

Infos und Anmeldung unter:

www.migration-online.de

ECKPUNKTE FÜR EINE SOZIAL- DEMOKRATISCHE MIGRA- TIONSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND IN EUROPA

KOMMENTAR

**Angelica Schwall-Düren, MdB,
stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor Kurzem haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag unsere „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“ beschlossen. Eine moderne Migrationspolitik muss zwei Herausforderungen annehmen: Wir müssen Zuwanderungsprozesse steuern und gestalten, ohne unsere humanitären Verpflichtungen im Rahmen des internationalen Flüchtlingsschutzes zu vernachlässigen. Und wir müssen die Integration der Migrantinnen und Migranten als eine wichtige Daueraufgabe der Politik und der Gesellschaft insgesamt begreifen. Eine wichtige Rolle kommt hierbei übrigens auch den Gewerkschaften zu.

Es ist offensichtlich, dass in einer europäischen Gemeinschaft ohne Binnen Grenzen eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte europäische Zuwanderungs- und Asylpolitik zwingend ist. Aus sozialdemokratischer Sicht unterstützen wir den Grundsatz: „So viel einheitliche, vergemeinschaftete Politik wie möglich und so viel nationale Politik wie nötig.“ Wir plädieren auf europäischer Ebene für den Wechsel von einer restriktiven zu einer aktiven, modernen und kohärenten Migrationspolitik. Vor Maßnahmen zur Bekämpfung von irregulärer Migration müssen Konzepte zu ihrer Vermeidung stehen.

Wir sprechen uns für die Einführung eines Punktesystems für die Anwerbung von Hochqualifizierten und eine gesteuerte Engpasszuwanderung für andere Fachkräfte aus. Auch für gering Qualifizierte wird weiterhin ein Bedarf bestehen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern wir hohe arbeits- und sozialrechtliche Standards für die Migrantinnen und Migranten. Auf Dauer in der EU lebende Zuwanderer müssen mit EU-Bürgerinnen und -Bürgern gleichgestellt werden. Über Integrationsmaßnahmen und soziale Mindeststandards muss Ausbeutung verhindert werden. Denn wenn das Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt wird, kann Lohn- und Sozialdumping vermieden werden. Stattdessen stellen Migrantinnen und Migranten dann ein Potenzial an Qualifikation für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums dar.

Wir unterstützen eine europäische „Blue Card“ für hoch qualifizierte Drittstaatsangehörige, welche für die Zuwanderer einen Gewinn darstellt und die EU für die Anwerbung von Hochqualifizierten gegenüber anderen Arbeitsmärkten dieser Welt besser aufstellt. Daher sollte die Blue Card auch den Anspruch auf sozio-ökonomische Rechte begründen. Zudem sollten bei der Definition von Hochqualifizierten nicht nur formale Bildungsabschlüsse, sondern auch vergleichbare berufliche Erfahrungen berücksichtigt werden.

Zuwanderung von Fachkräften schafft zusätzliche Arbeitsplätze.

Die europäische Migrationspolitik sollte stärker als in der Vergangenheit die Situation in den Herkunftsländern der Migrantinnen und Migranten einbeziehen. „Brain Drain“ ist dabei zu vermeiden. Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften kann aber auch zu einem Gewinn für Entsende- und Aufnahmeländer führen (Brain Gain). Die aktuellen EU-Vorschläge zur „zirkulären Migration“ beinhalten konkrete Überlegungen zur temporären Arbeitsmigration in die EU sowie um Partnerschaften mit den Herkunftsländern. Fehler der alten „Gastarbeiteranwerbung“ dürfen sich bei einer Migration auf Zeit aber nicht wiederholen. Die Freiwilligkeit der Wanderungsentscheidungen ist entscheidend für ein Gelingen dieses Konzeptes. Ausgebildete Migrantinnen und Migranten sollten für einen längeren Zeitraum in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, ohne ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Auch der Familiennachzug muss gewährleistet werden. Die sozioökonomischen Rechte der Migrantinnen und Migranten müssen dabei gesichert sein.



Quelle: spdfraktion.de

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern

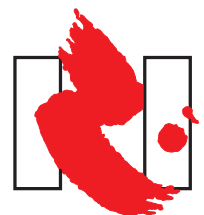


Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



DGB BILDUNGSWERK

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich